

Sie fühlen sich wie Kinder behandelt

Gesundheit Ältere Patienten klagen, dass Ärzte und Krankenkassen sie wegen ihres Alters diskriminieren, und kritisieren die Kosten. Vor allem aber wollen sie ernst genommen werden, sagt eine Studie von Pro Senectute.

Tim Wirth

Mühe beim Einschlafen? «Soll vorkommen.» Etwas trist? «Jeder hat mal einen schlechten Tag.» Schmerzen beim Treppensteigen? «Ganz normal in Ihrem Alter.»

So klingt es in manchen Schweizer Arztpraxen und Spitälern, wenn ältere Patienten behandelt werden. Pro Senectute hat heute eine repräsentative Studie zur Benachteiligung im Alter veröffentlicht. Sie zeigt: Gemäss Hochrechnungen fühlen sich über 180 000 Personen im Pensionsalter in der Schweiz im Gesundheitsbereich benachteiligt. Jeder zehnte Senior denkt, dass er von den Ärzten nicht ernst genommen wird, und kritisiert die höheren Kosten bei den Zusatzversicherungen. Ausserdem geben viele ältere Personen an, das Gefühl zu haben, dass sie von Behandlungen wie Reha-Aufenthalten ausgeschlossen werden.

Ärzte sind gestresst

Ein 85-jähriger Mann liegt nach einer Operation im Spitalbett. Er hat Bauchweh. Mehrmals drückt der Senior die Glocke, klagt über die starken Schmerzen. Das Pflegepersonal und die Ärzte hätten laut Schilderung des Betroffenen alles kleingeredet, sagt Daniel Tapernoux von der Schweizerischen Stiftung SPO Patientenschutz. Er hat den Mann im Nachhinein beraten, weil sich dieser nicht richtig behandelt gefühlt habe.

Am Wochenende hätten die Angehörigen nachgehakt. Nach einer Computertomografie war klar: Bluterguss bei den Nieren mit Beginn einer Blutvergiftung.

«Bei jedem zweiten Patienten, den wir beraten, geht es darum, dass er sich bei schwerer Erkrankung nicht ernst genommen fühlt», sagt Tapernoux. Diese Kränkung zu thematisieren, sei für die Patienten viel wichtiger, als Schadenersatz zu fordern. Tapernoux hat selbst als Arzt gearbeitet. «Ich will nicht nach Ausreden suchen», sagt er, aber nach über zwölf Stunden Arbeit im Spital sei es schwierig, noch empathisch zu sein. Viele Ärzte



Über die Hälfte der Hospitalisierungen wegen Rehabilitation betraf die 65- bis 84-Jährigen. Foto: Getty Images

«Diskriminierung von älteren Menschen ist sozial akzeptiert.»

Delphine Roulet Schwab,
Haute Ecole de la Santé Lausanne

seien gestresst, das Personal knapp. Bei jüngeren Menschen ist die wahrgenommene Diskriminierung im Gesundheitsbereich laut der Studie geringer. Sie seien eher bereit, nochmals nachzufragen, sagt Tapernoux. Ältere Menschen hingegen hätten mehr Hemmungen.

Delphine Roulet Schwab forscht an der Haute Ecole de la Santé La Source im Lausanne zur Diskriminierung von älteren Menschen. «Ärzte behandeln ältere Menschen manchmal wie Kinder», sagt sie. Das sei frustrierend. Die Diskriminierung von älteren Personen sei gar häufiger als Sexismus und Rassismus. «Es ist sozial so akzeptiert, dass wir es gar nicht wahrnehmen.»

Spitäler und Arztpraxen sind sich der speziellen Patientengruppe bewusst. Für den Ärztenverband FMH gehören ältere Personen wie Kinder und Migrantinnen zu den vulnerablen Gruppen, die erhöhte Aufmerksamkeit und Sorgfalt brauchen. Gemeinsam mit Altersorganisationen hat der

Verband ein Merkblatt für den Arztbesuch entwickelt: kurze klare Fragen stellen, nicht auf einen Entscheid drängen, den Impfausschuss mitnehmen.

Von Reha ausgeschlossen

Der häufigste Punkt, den Senioren am Gesundheitswesen kritisieren, sind laut der Studie von Pro Senectute die Kosten. Die Prämien für die Grundversicherung sind zwar für alle gleich, doch bei den Zusatzversicherungen gibt es Unterschiede. Es könne vorkommen, dass ältere Versicherte mehr bezahlen, da die Leistungen im Alter auch höher seien, sagt die CSS. Bei der KPT kann ab 70 Jahren keine Zusatzversicherung mehr abgeschlossen werden.

Die Solothurner Nationalrätin Bea Heim (SP) kritisiert die ungenügende Reha-Versorgung älterer Menschen. Es sei zu befürchten, dass die Tarifrevision in Zukunft gar einen Grossteil älterer Menschen von den Chancen auf eine Reha-Therapie ausschliesse.

Elsbeth Wandeler hat das selbst erlebt. Nachdem die 72-jährige ein neues Hüftgelenk bekam, war für sie klar: Sie will in die Reha, um wieder gesund zu werden. Die Krankenkasse habe nur die Physiotherapie bezahlt, nicht eine stationäre Rehabilitation, sagt Wandeler, die im nationalen Seniorenrat mitwirkt und sich politisch für die Rechte von älteren Menschen einsetzt. «Es ist eine starre Vor-

1311 ältere Menschen befragt

Am heutigen Tag des Alters stellt Pro Senectute ihre Studie zur Benachteiligung von älteren Menschen vor. GFS Zürich hat dafür 1311 Telefoninterviews geführt und eine für die Schweiz repräsentative Studie erstellt. Laut dieser fühlen sich die Befragten aufgrund ihres Alters am ehesten bei der Gesundheitsversorgung (11 Prozent) diskriminiert. Bei der Suche nach Informationen (8 Prozent) und beim Freizeitangebot (7 Prozent) sind sie weniger eingeschränkt. Das Ansehen der Senioren in der Öffentlichkeit ist laut der Umfrage mehrheitlich positiv. Je älter die Befragten sind, desto häufiger fühlen sie sich sogar zuvorkommend behandelt. Zwischen Frauen und Männern gibt es keine grossen Unterschiede. (tiw)

stellung, dass nur junge Leute, welche die Wirtschaft braucht, Anrecht auf einen Reha-Aufenthalt haben.» Eine Studie des Bundesamtes für Gesundheit von 2017 zeigt allerdings: Über die Hälfte der Hospitalisierungen wegen Rehabilitation betraf die 65- bis 84-Jährigen.

Bereits in der Ausbildung werden junge Ärzte geschult, wie sie mit älteren Patienten umgehen sollen. An der Universität Zürich wird gerade der Lehrplan überarbeitet. Die Kommunikation zwischen Patient und Arzt soll stärker gewichtet werden. Der Ärztenverband FMH fordert mehr Ressourcen für die Betreuung älterer Menschen, da es wegen des demografischen Wandels immer mehr ältere Patienten gibt.

Zwei Initiativen sind geplant. Gewerkschaftsverbände und der Seniorenrat fordern einen besseren rechtlichen Schutz gegen Altersdiskriminierung. Zudem kandidieren so viele Senioren wie noch nie auf eigenen Listen für den Nationalrat. Sie kämpfen für etwas, das eigentlich in der Bundesverfassung steht: «Niemand darf wegen seines Alters diskriminiert werden.»

SVP und Arbeitgeber schieben sich den Schwarzen Peter zu

Vaterschaftsurlaub Ein Referendum ist höchst ungewiss, weil niemand Verantwortung dafür übernehmen will.

Ein Mailverkehr, der dieser Zeitung vorliegt, lässt tief blicken: Weder SVP noch Gewerbe-, Baumeister- oder Arbeitgeberverband sind bereit, den Lead für ein Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub zu übernehmen. Aus der zweiten Reihe unterstützen, das wollen alle; die Knochenarbeit leisten, voranschreiten und im Herbst und im Winter 50 000 gültige Unterschriften sammeln – das will aber niemand. Die eidgenössischen Räte haben letzte Woche einem Gegenvorschlag zur Initiative für einen Vaterschaftsurlaub zugestimmt. Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sind bereits fix – es sei denn, es gibt ein Referendum. Dann käme es zum eidgenössischen Urnengang. Aufgrund eines Eiertanzes um dieses Referendum, den SVP und Arbeitgeberverbände derzeit

aufführen, ist es indes höchst ungewiss, ob das Stimmvolk das letzte Wort bekommt.

Denn Arbeitgeberverband (SAV), Gewerbeverband (SGV) und Baumeisterverband (SBV) sind sich gemäss diesem Mailverkehr einig, dass gegen den Vaterschaftsurlaub eigentlich das Referendum ergriffen werden müsste. Dies jedenfalls berichtet SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi an seinen Parteipräsidenten Albert Rösti sowie ans SVP-Generalsekretariat. Aeschi schreibt, er habe mit Roland Müller vom Baumeisterverband und Hans-Ulrich Bigler vom Gewerbeverband gesprochen. Beide hätten gesagt, ein Referendum sei zwar zu unterstützen, «dass sie aber nicht im Lead sein möchten». Und beide hätten signalisiert, bereitzustehen, falls die SVP vorgehen würde.

Das Mail Aeschis datiert vom 26. September. In einem weiteren Mail schreibt der Zentralpräsident des Baumeisterverbandes, Gian-Luca Lardi, an Adrian Amstutz von der SVP: «Lieber Adrian, ich teile deine Ansicht, wonach grundsätzlich eine Verteuerung der Arbeit in der Schweiz zu bekämpfen ist.» Er könne sich vorstellen, dass der SBV ein Referendum unterstützen würde. Er schätze die Lage aber so ein, «dass die Federführung eher bei einer Partei sein müsste, flankiert von SGV und SAV».

Jagd mit Platzpatronen

Vorausgegangen war all dem eine Sitzung der SVP-Spitze. Daran teilnahmen neben Rösti, Amstutz und Aeschi auch SVP-Generalsekretär Emanuel Waeber sowie dessen Stellvertreterin Silvia Bär. In einer vertraulichen Aktenno-

tiz, die dieser Zeitung ebenfalls vorliegt, heisst es, die Anwesenden seien sich einig, dass Gewerbe- oder Arbeitgeberverband das Referendum federführend ergreifen müssten. Die SVP würde dieses dann unterstützen. Mit anderen Worten: Zur bevorstehenden Jagdzeit blasen namhafte Gegner zum Halali auf den Vaterschaftsurlaub, doch ihre Flinten sind nur mit Platzpatronen geladen.

Die Nachfragen bei den Beteiligten bestätigten die Zurückhaltung, fürs Referendum die Federführung zu übernehmen. Gewerbebedirektor Hans-Ulrich Bigler sagt, der Vorstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes habe beschlossen, im Falle des Vaterschaftsurlaubs eine Unterstützung dann zu prüfen, wenn eine referendumsfähige Partei ein Referendum ergreife. Matthias Engel vom Baumeisterverband

meint: «Im Herbst steht für uns nicht der Vaterschaftsurlaub im Fokus, sondern die Revision des CO₂-Gesetzes oder das Raumplanungsgesetz.» Und der Arbeitgeberverband schreibt, er verzichte darauf, selber das Referendum zu ergreifen.

Doch weshalb will die SVP, die sich als Wirtschaftspartei bezeichnet, nicht selbst voranschreiten? Rösti sagt dazu, der Kampf gegen zu hohe Lohnabzüge sei «ein parteiunabhängiges Kernanliegen der Wirtschaftsverbände». Kommt es aufgrund dieses Schwarzpeterspiels also nicht zur Volksabstimmung? Der SVP-Präsident sagt auch dazu, diese Frage hätten die Wirtschaftsverbände zu beantworten.

Das haben sie. Sie wollen nicht.

Beni Gafner

Mehrheit ist für die Initiative zur Organspende

Umfrage Eine von Swisstransplant in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass die Mehrheit der Stimmberechtigten der Organspendeinitiative positiv gegenübersteht. Gleichzeitig wird der Ansatz der Initiative – die sogenannte Widerspruchslösung – kritisch beurteilt. Die Initiative «Organspende fördern – Leben retten» fordert den Systemwechsel von der expliziten Zustimmung hin zur vermuteten Zustimmung. Wäre die Initiative Ende August an die Urne gelangt, hätten sich 76 Prozent der Stimmbürger zumindest «eher» für die Initiative ausgesprochen, wie das Forschungsinstitut GFS Bern auf seiner Website schreibt. Elf Prozent hätten zu diesem Zeitpunkt «bestimmt dagegen», sieben Prozent «eher dagegen» gestimmt. Sechs Prozent waren unentschieden. (sda)